

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

10.3.1927 (No. 58)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 9515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Klenz, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Deutschland und Polen

Der britische Außenminister, Chamberlain, hat sich in den letzten Tagen bemüht, die Dinge so hinzustellen, als ob seine Politik keinerlei Spitze gegen Rußland enthalte. In diesem Zusammenhang ist er der Behauptung entgegengetreten, daß er den Schritt Mussolinis in der besarabischen Frage inspiriert habe. Man braucht seinen Erklärungen nicht mehr Gewicht beizumessen, als sie faktisch verdienen. Die englische Politik will naturgemäß eine offene Brückierung Rußlands vermeiden. Die Beziehungen zwischen Rußland und England sind schon gespannt genug. Eine Brückierung könnte unter Umständen den Krieg bedeuten. Und ein solcher Krieg würde sich weder mit der allgemeinen Völkerbundspolitik, noch mit den Beteuerungen Englands, daß es dem Frieden und der Friedensidee dienen wolle, vertragen. Ein Krieg mit Rußland würde zudem die Situation Englands in Ostasien und darüber hinaus wahrscheinlich auch in Südostasien außerordentlich verschlechtern.

Also ist es durchaus verständlich, daß Chamberlain seine Politik so interpretiert, daß sie nicht unmittelbar Rußland herausfordert. Aber deshalb läßt sich an der Tatsache, daß Chamberlain Rußland diplomatisch das Wasser abzugraben versucht, nicht rütteln. Und der britische Außenminister hat ja denn auch zugegeben, daß er seinerzeit mit Mussolini über die besarabische Frage gesprochen habe. Sicherlich ist das nicht in einem Sinne geschehen, der Italien von dem bekannten Abkommen mit Rumänien hätte abhalten können. Es ist ganz klar, daß Mussolini mit der Zustimmung Chamberlains gerechnet hat, als er Rumänien den Besitz Besarabiens garantierte.

Wir haben bereits gestern darauf hingewiesen, daß Chamberlain in seiner Politik Rußland gegenüber noch ein zweites Eisen ins Feuer gesteckt hat: London hat sich Warschau genähert, in dem deutlichen Bestreben, an der Westgrenze Rußlands eine derartige Stabilisierung der Verhältnisse eintreten zu lassen, daß Rußland durch den unausbleiblichen Druck einer solchen Stabilisierung am freien Ausweichen nach Osten hin gehindert wird. Die Moskauer Regierung hat sofort gemerkt, woher der Wind weht, und ihrerseits die Beziehungen zu den baltischen Staaten fester geknüpft.

In Genf war es das offensichtliche Bestreben Chamberlains, Deutschland und Polen miteinander zu versöhnen und eine Atmosphäre zu schaffen, welche die Wiederaufnahme der längst abgebrochenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen den beiden Staaten ermöglicht. Chamberlain hat sich dabei der Hilfe Briands bedient. Es haben Besprechungen zwischen Chamberlain und Zaleski, dem polnischen Außenminister, stattgefunden, und ihnen folgte dann eine längere Unterhaltung zwischen Stresemann und Zaleski. Dabei hat man sich soweit geeinigt, daß die beiden Außenminister nunmehr ihren Kabinetten ganz bestimmte Vorschläge machen werden, von denen sie eine Behebung der bestehenden Schwierigkeiten erhoffen.

Diese Schwierigkeiten sind bekanntlich nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Art. Die Methode, welche Polen bei der Ausweisung ihm ungewohnter Deutscher anwendet, und einige dieser Ausweisungen selbst haben bei uns in Deutschland mit Recht Empörung hervorgerufen. Wenn wir mit Polen einen Handelsvertrag abschließen, dann verlangen wir daneben aber auch, daß die Frage der Niederlassung und der Ausweisung in einer für das deutsche Empfinden erträglichen Weise geregelt wird. Ist Polen klug, dann begreift es dieses Verlangen. Denn der Handelsvertrag wird in seiner praktischen Auswirkung ihm wohl die größeren Vorteile bringen.

Vom Standpunkt der deutschen Interessen aus gesehen, ist eine Einigung mit Polen nur wünschenswert. Sofern sie irgend eine Spitze gegen Rußland enthalten sollte, würden wir uns allerdings vorsichtig zurückziehen haben. Es ist für England sehr angenehm, wenn Polen zu seinem wichtigsten Nachbar im Westen, zu Deutschland, geordnete Beziehungen unterhält, weil es dann nach Osten hin umso aktionsfähiger wird. Eine Festlegung für uns würde das aber nicht in sich schließen. Unser Prinzip ist es, mit allen Staaten, die guten Willens sind, in Frieden und Eintracht zu leben.

Besuch Dr. Luthers in Friedrichshafen. Reichsminister a. D. Dr. Luthers ist Mittwoch nachmittag zum Besuch der Industrie in Friedrichshafen eingetroffen und bereits gegen Abend nach Rürich weitergereist.

Die Genfer Ratstagung

Die gestrige Ratstagung
Zu Beginn der öffentlichen Ratstagung am Mittwoch verlas der englische Außenminister, Sir Austen Chamberlain, eine Erklärung, die auf die britische Reichskonferenz vom vergangenen Herbst Bezug nimmt und den Wunsch ausspricht, daß aus konstitutionellen Gründen der Regierungen des britischen Imperiums die Annahme der Verträge, die unter den Auspizien des Völkerbundes zustande gekommen durch Änderung der Form dieser Vertragsinstrumente erleichtert werden könnte, indem die Verträge anstatt der neuen Form der Verträge zwischen Staaten, wie sie zum ersten Male für den Vertrag von Versailles angewandt wurde, wieder die früher übliche Form von Verträgen zwischen Staatsoberhäuptern erhalten. Die Erklärungen wurden vom Völkerbundsrat diskussionslos zur Kenntnis genommen.

Im weiteren Verlauf der öffentlichen Sitzung wurde ein Bericht Chamberlains über die Ergebnisse eines im Jahre 1923 eingesetzten Sonderausschusses zum Studium der Ausdehnung des internationalen Frauen- und Kinderhandels angenommen. — Ein weiterer Beschluß des Rates setzt das Datum der in Genf abzuhaltenen dritten internationalen Verkehrs-konferenz auf den 23. August dieses Jahres an. Schließlich wurde ein Bericht über die Rechtslage bezüglich der ausstehenden Mitgliedsbeiträge entgegengenommen, der zu dem Ergebnis kommt, daß ein automatischer Ausschluss aus dem Völkerbund lediglich wegen Nichtzahlung von Beiträgen nicht eintreten kann. Es müsse vielmehr die absichtliche Verletzung der Ratverpflichtungen dargelegt sein. In der anschließenden nicht öffentlichen Sitzung wurde auf Vorschlag Sialojas beschloffen, den Vorsitz bei der für Juli nach Genf einberufenen Konferenz zur Gründung einer internationalen Katastrophenhilfe einem Deutschen zu übertragen, dessen Benennung dem Ratpräsidenten Dr. Stresemann überlassen bleibt. — Außerdem wurde der kubanische Gesandte in Berlin, Agüero y Belancourt, zum Präsidenten der Dritten internationalen Verkehrs-konferenz ernannt.

Deutsch-polnische Annäherung

Zwischen Stresemann und dem polnischen Außenminister Zaleski fand am Mittwoch eine längere Besprechung statt, über deren Ergebnis folgende amtliche Mitteilung ausgegeben wurde:
„Der Reichsaußenminister empfing am Mittwoch in Genf den polnischen Außenminister, Herr Zaleski, und hatte mit ihm eine Unterredung, in der insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen Gegenstand der Besprechungen waren. Auf Grund dieser Unterredung werden die beiden Außenminister ihren Kabinetten Vorschläge unterbreiten, von denen sie eine Behebung der gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten erhoffen.“

Blättermeldungen zufolge sollen die Vorschläge, welche die beiden Außenminister dem Kabinett vorlegen wollen, im großen und ganzen die folgenden drei Gesichtspunkte umfassen: 1. Baldige Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. 2. Die von der polnischen Regierung vorgenommenen Ausweisungen bleiben bestehen; neue Ausweisungen werden nicht vorgenommen. 3. Das Niederlassungsrecht wird im Rahmen der allgemeinen Handelsvertragsverhandlungen erledigt. Die deutsch-polnische Vereinbarung ist mit Hilfe Chamberlains zustande gekommen. Der Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, Sir Austen Chamberlain handle als „ehrlicher Makler“, indem er sich bemühe, ein freundschaftliches Einvernehmen zwischen Deutschland und Polen herbeizuführen.

Die „Deutsche Diplomatische Korrespondenz“ schreibt u. a.: Die Presse weist bereits bei Anfänglichkeit der Zusammenkunft Dr. Stresemanns mit Zaleski die Meinung auf, den deutsch-polnischen Besprechungen einen bestimmten Sinn zu unterlegen und zwar kommt dabei vornehmlich die Interpretation in Frage, die mit dem Schlagwort „Ost-Occano“ arbeitet. Diese Betrachtungsweise wird den Tatsachen nicht im entferntesten gerecht. Es handelt sich, wie auch in dem amtlichen Bericht betont wird, um wirtschaftliche Besprechungen, also um Fragen, die die beiderseitigen ökonomischen Interessen angehen und nicht um politische Dinge. Nicht um ein „Ost-Occano“, nicht um politische und noch weniger um militärische Gruppenbildung geht es hier, sondern um die wirtschaftlichen Interessen zweier Nachbarstaaten, von denen der eine Rechte des anderen Teiles berührt hat, die in jedem Handelsvertrag mit stipuliert werden.

Briands Unterredungen in Genf.

Der Genfer Berichterstatter der „Agentur Habas“ teilt mit, daß am Mittwoch nachmittag Briand den italienischen Delegierten Sialoja empfing und seinerseits Chamberlain und Stresemann Besuche abgestattet hat. Die Besprechungen hätten dazu geführt, die noch voneinander abweichenden Ansichten über die dem Völkerbundsrat unterbreiteten strittigen Angelegenheiten einander zu nähern. Briand habe gestern Abend erklärt, er glaube, der Völkerbundsrat werde seine Arbeiten am Freitag ohne Zwischenfall zum Abschluß bringen können. — Briand habe seine große Befriedigung darüber zum Ausdruck gebracht, daß diese Tagung es den Vertretern der Völkerbundsmächte durch den persönlichen direkten Meinungsaustausch ermöglicht habe, ihren Entschluß zu bestätigen, das am Lago Maggiore unternommene Werk der europäischen Annäherung fortzusetzen.

Ausgleichsentschädigung für die esch-lothringischen Eisenbahner. Von der Abteilung für esch-lothringische Angelegenheiten im französischen Ministerpräsidium wird mitgeteilt, daß die esch-lothringischen Eisenbahner eine Ausgleichsentschädigung von 10 Proz. erhalten sollen. Die Billigung durch das Parlament steht noch aus.

Gemeinden und Arbeitslosenversicherung

I.
Bürgermeister Sauer-Karlsruhe beschäftigt sich in einer Denkschrift mit dem Arbeitslosenversicherungs-gesetz vom Standpunkt der Gemeinden aus. In der Denkschrift heißt es u. a.:

Tag des Inkrafttretens des Gesetzes.
Dem Reichstag liegt zurzeit der Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung vor. Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf schon verabschiedet. Er hat nur in einem Punkte (zu § 145, Kostentragung für die Krankenunterstützung) eine von der Vorlage der Reichsregierung abweichende Fassung eingenommen. Es ist anzunehmen, daß der Reichstag in absehbarer Zeit die Gesetzesvorlage verabschieden wird. Damit würde dann das so lange in der Schwebe befindliche Problem der Arbeitslosenversicherung für Deutschland geregelt sein.

Der Gesetzentwurf der Reichsregierung sieht in § 153 vor, daß das Gesetz am 1. April 1927 in Kraft treten soll. Es scheint also, daß die Reichsregierung die Verabschiedung des Gesetzes stark beschleunigen will. Das Reichsarbeitsministerium selbst führt in der beigegebenen Begründung aus, daß dieses Problem schon vor dem Kriege erörtert worden sei, daß beispielsweise die Organisationen der gewerblichen Arbeiter sich schon um 1900, ja sogar erstmals im Jahre 1879, mit der Frage befaßt hätten. Auch die Gemeinden standen schon im Frieden dieser Frage nicht teilnahmslos gegenüber. Nach dem Kriege wurde die Öffentlichkeit in Deutschland in ganz besonderer Weise durch den Gang der Ereignisse vor die Aufgabe gestellt, für die Arbeitslosen zu sorgen. Es sei hier an die erste Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 erinnert, die inzwischen nicht weniger als 18 Male geändert und viermal neu verkündet worden ist. Wenn man die Zeit gekommenen scheint, um all die wertvollen Erfahrungen und Erkenntnisse der Nachkriegszeit zu einer endgültigen Regelung zu verarbeiten, so muß doch ganz entschieden davor gewarnt werden, nur diese endgültige Regelung zu überstürzen. Der von der Reichsregierung vorgelegte Entwurf ist noch keineswegs so geklärt, daß er ohne Bedenken hingenommen werden könnte. Die Stimmen der Kritik mehren sich aus allen Lagern. Es ist dringend dazu zu raten, vor endgültiger Verabschiedung der Vorlage nochmals in eine genaue Prüfung der ganzen Materie einzutreten.

Ganz abgesehen davon, daß unter Beachtung dieser Notwendigkeit an sich schon ein Inkrafttreten des neuen Gesetzes auf den 1. April 1927 unmöglich erscheint, muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Bedürfnisse der Praxis unbedingt zwischen der Verabschiedung des Gesetzes und seinem Inkrafttreten einen ausreichenden Spielraum verlangen. Die Bedeutung dieser Umstellung ergibt sich schon daraus, daß bis jetzt nach dem Familienstand und Lebensalter gestaffelte Sätze für die Erwerbslosenenunterstützung festzusetzen sind, während in Zukunft die Unterfertigung in der Hauptsache nach Beitragsklassen zu bemessen sein wird. Auch der Verband der Verwaltungsgemeinden der öffentlichen Arbeitsnachweise Badens hat im Januar d. J. schon einen Antrag an den bad. Minister des Innern gestellt, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes so gelegt wird, daß genügend Zeit für die Umstellung von der Erwerbslosenfürsorge auf die Arbeitslosenversicherung vorhanden ist. Als erforderlich hat der Verband mindestens einen Zeitraum von drei Monaten bezeichnet.

Wenn eine grundlegende Neuregelung kommen soll, dann muß, wenn irgend möglich, ein Standardwert geschaffen werden, das auf absehbare Zeit hinaus den Bedürfnissen der Praxis Rechnung trägt.

Zentralisation oder Dezentralisation in der Trägerschaft.

Ministerialdirekt Dr. O. Weigert führt im Reichsarbeitsblatt 1927, Heft I (II, S. 8) aus, daß in der Organisation der Arbeitslosenversicherung die Selbstverwaltung der Beteiligten in den Vordergrund treten müsse, die behördliche Mitwirkung müsse sich auf die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen in der Versicherung beschränken. Diesem programmatischen Bekenntnis kann theoretisch vollkommen zugestimmt werden. Ist aber der nach dem Regierungsentwurf in Aussicht genommene Aufbau der Versicherung auch tatsächlich Selbstverwaltung? Ist der Aufbau der Versicherungsträger wirklich so einfach und durchsichtig, wie ihn das Reichsarbeitsministerium verlangt? Entspricht der Gesetzentwurf vor allen Dingen auch den Grundfäden der Sparpolitik?

Bisher war die Erwerbslosenfürsorge eine Einrichtung der Gemeinde. Die Verwaltung der Erwerbslosenfürsorge war in die Hand der auf Grund des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922 gebildeten öffentlichen Arbeitsnachweise gelegt. Die in Baden geltende Regelung (§ 45 der Ag.-Begründung), nach der die öffentlichen Arbeitsnachweise nur einen Teil der von ihnen nicht benötigten Gelder an das Landesamt abzuführen haben, selbständig ihre Mittel verwalten und nur die Beitragsfestsetzung dem Landesamt vorbehalten ist, sucht den Gedanken der Selbstverwaltung zu erhalten. Das in der Festsetzung der Beiträge durch das Landesamt liegende zentralistische Moment tritt zurzeit nicht in Erscheinung, weil ja doch überall der Höchstbeitrag erhoben werden muß.

Nunmehr soll das Schwergewicht auf die Zentralisation, nämlich auf die neu zu bildenden Landesarbeitslosenkassen gelegt werden. Die Landesarbeitslosenkassen sollen Reichsfähigkeit besitzen (§ 2). Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen von den Einzugsstellen (den Krankenkassen) unmittelbar an die Landesarbeitslosenkassen abgeführt werden (§ 128). Andererseits sollen die öffentlichen Arbeitsnachweise die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen an die Berechtigten vornehmen (§ 97), aber nur als Beauftragte. Nun soll also der Aufbau von oben nach unten gehen. Aber auch der Aufbau der Trägerschaft von oben nach unten ist keineswegs klar und einfach durchzuführen. Wir sollen in Ein-

Kunft neben den Organen des öffentlichen Arbeitsnachweises (öffentliche Arbeitsnachweise, Landesämter für Arbeitsvermittlung, Reichsamt für Arbeitsvermittlung) noch vollständig unsymmetrisch eingebaut — Landesarbeitslosenstellen haben, die nur in Geschäftsführungsgemeinschaft mit den Landesämtern für Arbeitsvermittlung stehen. Nach unten gibt es kein Gegenstück, da die öffentlichen Arbeitsnachweise nur zur Mitwirkung in der Arbeitslosenversicherung als Hilfsorgane der Landesarbeitslosenstellen berufen sind und zum nicht nur vom Landesamt für Arbeitsvermittlung, sondern auch von der Landesarbeitslosenstellen-Verwaltung empfangen haben. Nach oben soll die Aufsicht dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung obliegen. Die Reichsausgleichsstelle soll keine eigene Rechtsfähigkeit haben, vielmehr in das Reichsamt für Arbeitsvermittlung eingebaut werden. Man sieht eine verwirrende Vielartigkeit von Neugründungen, statt eines klaren, wirklich durchsichtigen Aufbaus, wie er sich uns in den Organen des Arbeitsnachweises darstellt. Welche Fülle von unnötiger Verwaltungsarbeit und von Nebenleistungen hier verborgen liegt, braucht nicht ausgeführt zu werden. Nicht nur die Rücksicht auf Sparsamkeit und Klarheit spricht gegen die in Aussicht genommene Trägerstruktur der Arbeitslosenversicherung, sondern auch die Forderung einer gesunden und wirklich lebensvollen Selbstverwaltung. Gewiß ist bei der Landesarbeitslosenstellen eine paritätische Vertretung der Interessenten durch die Bestellung eines paritätisch zusammengesetzten Rats aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer-Beisitzer beim Landesamt für Arbeitsvermittlung; die Gemeindevorsteher im Landesamt sollen ausgeschlossen werden. Eine Selbstverwaltung im engersten Sinne des Wortes wird aber gerade in der Arbeitslosenversicherung nur in der untersten, örtlichen Instanz geübt werden können, wo die unmittelbare Beziehung zu dem pulsierenden Leben besteht und wo die Einsicht in die Verhältnisse nicht nur aus den Akten entnommen werden muß. Das Prinzip der Selbstverwaltung in Verbindung mit dem Streben nach einer wirtschaftlichen Geschäftsführung erfordert zudem an sich schon, daß jede Entscheidung, die von einer unteren Stelle getroffen werden kann, zweckmäßigerweise nicht einer oberen Stelle aufgebunden wird. Warum also sollen die öffentlichen Arbeitsnachweise, die bisher die Verantwortung für die Arbeitslosenversicherung getragen haben, oder überhaupt eine untere Instanz nicht in der Lage sein, die Verantwortung auf sich zu nehmen? Aus einem gesunden Instinkt heraus lehnen auch die Gewerkschaften die Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung in der im Regierungsentwurf vorgesehenen Regelung ab.

Wenn man in Berlin wirklich die Arbeitslosenversicherung auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufbauen will, dann verlege man das Schwergewicht auf die untere Instanz und verleihe der mittleren Instanz die Aufsichtsbefugnisse, wie dies im Arbeitsnachweisgesetz im Verhältnis zwischen den örtlichen Arbeitsnachweisen und den Landesämtern der Fall ist. Der vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung vorgelegte, von Vertretern großstädtischer Arbeitsnachweise ausgearbeitete Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes sieht als Träger der Arbeitslosenversicherung die öffentlichen Arbeitsnachweise vor. Hier ist dem Prinzip der Selbstverwaltung nach der Seite der Zentralisation — der örtlichen Selbstverwaltung — Rechnung getragen.

Eine Frage bleibt bei der Verlegung der Trägerstruktur in die untere Instanz noch offen: Der Gefahrenausgleich. Ohne Zweifel wird es Arbeitsnachweisbezirke geben, die, auf sich allein gestellt, entweder gar nicht oder nur mit überhöhten Beiträgen den Anforderungen entsprechen könnten. Aber der Gefahrenausgleich würde sicher analog der für das gesamte Reichsgebiet in der Reichsausgleichsstelle geschaffenen Einrichtung auch räumlich für Bezirke etwa im Ausmaß der Bezirke der Landesarbeitsämter geregelt werden können, ohne daß die Verlegung der Trägerstruktur in die mittlere Instanz notwendig würde.

Zentrum und Bayerische Volkspartei

Zur Frage der Wiedervereinigung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei bringt die Bad. Zentrumskorrespondenz einen Artikel, der darauf hindeutet, daß die Trennung der beiden Parteien im Jahre 1920 das Werk ganz weniger Persönlichkeiten gewesen sei; er führt für das Verhalten der Bayern in den Jahren 1920 bis 1924 mildernde Umstände an und macht insbesondere geltend, daß überall in Deutschland, wo sich der Linksextremismus in seiner wildsten und rücksichtslosesten Art ausgetobt habe, nachher die Reaktion von rechts freiesten Spielraum gehabt habe und daß Bayern hiervon keine Ausnahme mache. Heute habe sich die Situation geändert. Auch die Bayerische Volkspartei lehne heute jeden aktivistischen Monarchismus ab und erkläre, Raum für Republikaner und Monarchisten zu haben; viele Sorgen des bayerischen Föderalismus seien heute gemeinsame Sorgen aller Länder. Die Republik werde durch den Zusammenschluß nicht gefährdet. Dann verlangt der Artikel die Schaffung einer programmatischen Plattform, die die Sorge um den Zusammenhalt des Zentrums im Falle der Wiedervereinigung mit der Bayerischen Volkspartei illusorisch mache. Eine bis ins einzelne gehende Durchberatung und Klärung sowohl der organisatorischen wie der programmatischen Frage scheint der Zentrums-Korrespondenz nicht nur für den Fall der Wiedervereinigung der beiden Parteien erforderlich zu sein, sondern auch für den Fall einer bloßen Arbeitsgemeinschaft der beiden Reichstagsfraktionen. Denn neue Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit würden das Verhältnis zwischen beiden Parteien sicherlich ernstlich und auf lange Zeit hinaus trüben.

Der Hamburger Senat zur Großhamburgfrage

Zu Beginn der Mittwoch-Sitzung der Hamburgischen Bürgererschaft gab der Senat durch seinen Präsidenten, Bürgermeister Petersen, eine Erklärung ab, die sich mit der Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten am 23. Februar auseinandersetzt. Der Senat ist, so heißt es, der Überzeugung, daß sich aus diesen Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten eine der Hamburgischen Einstellung völlig entgegengesetzte Beurteilung des Reformplanes ergibt. Jede Verringerung der Leistungsfähigkeit Hamburgs komme in erster Linie jenen ausländischen Häfen zugute, mit denen Hamburg immer in Wettbewerb gestanden hat und stehen wird.

Die Wahlreform in Frankreich. Die französische Wahlreformvorlage, die der Minister des Innern, Sarraut, heute dem Parlament unterbreiten wird, wird dem „Coir“ zufolge vorschlagen, auf Grund der Arrondissementerteilung vom Jahre 1914 die Einerwahl wieder einzuführen. Je 100 000 Einwohner wählen einen Abgeordneten. Kein Wahlbezirk darf weniger als 40 000 Wähler enthalten. Die neue Kammer wird also 557 Abgeordnete, d. h. drei weniger als jetzt umfassen. Für den Fall, daß ein Wahlbezirk mehr als 100 000 Wähler zählt, wird für jedes begonnene Hunderttausend ein neuer Abgeordneter zu wählen sein. Wahlbezirke mit weniger als 40 000 Wähler werden miteinander verbunden.

Deutscher Reichstag

1923. Berlin, 9. März.

Vizepräsident Graf Thüringen eröffnet die Sitzung mit herzlichen Worten des Glückwunsches an Präsident Ebbé, in dessen Gesundheitszustand eine erfreuliche Wendung zum Besseren eingetreten sei.

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Lambach (Dntl.) hält das Arbeitsministerium mit seinen sozialen Aufgaben für so wichtig, daß es nicht abgebaut werden könne. Den großen Gesichtspunkt für die einheitliche Gestaltung der sozialen Gesetzgebung könne man finden in der gleichberechtigten Eingliederung der Arbeitnehmer in das politische, wirtschaftliche, soziale Leben. Dem Problem der Erwerbslosigkeit könne man nur zu Leibe gehen, wenn man sich vergegenwärtige, daß etwa ein Drittel unseres Volkes nur davon lebe, daß es die nötigen Nahrungsmittel vom Auslande pumpe, obwohl unser eigener Acker doch noch viel mehr Nahrung hergeben könnte. Die wissenschaftlichen und technischen Vorbedingungen für die Hebung der deutschen Landwirtschaft seien bereits vorhanden, nur die Rentabilität für neue landwirtschaftliche Anlagen sei noch nicht geschaffen. Die endgültige Überwindung der Arbeitslosigkeit sei jedoch nur auf diesem Wege möglich. Die Arbeitslosenversicherung sei unter den heutigen Verhältnissen ein hoffnungsloses Unternehmen. Ubrigens solle man Selbsthilfe, wie sie schon bestünde, durch die obligatorische Arbeitslosenversicherung nicht erdrosseln. Der Ausfall durch Kriegsverluste in den mittleren Lebensjahren und die an sich erfreuliche Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer werde zu ständiger Beitragserhöhung zu allen Altersversicherungen in den nächsten Jahren führen. Aber das habe mit übertriebener Sozialpolitik nichts zu tun. Der große Streit in England habe bewiesen, daß wir mit unserem Schlichtungswesen auf dem rechten Wege sind.

Abg. Erlesenz (Dem.) führte eine Reihe von Einzelheiten über die Steigerung der Produktivität als Folge der Rationalisierung an und betonte, daß die Rationalisierung in den anderthalb Jahren seit der Stinneskrisis gut vorwärtsgekommen sei. Es dürfe aber nicht vergessen werden, daß zahlreiche größere Betriebe hinsichtlich der technischen Modernisierung noch in den Kinderschuhen ständen. Die Rationalisierung der Betriebe und der Absatz der rationalisierten Produkte erfordere bei Unternehmern, Arbeitern und Verbrauchern eine gewisse geistige Umstellung. Da die Rationalisierung vorübergehend die Arbeitslosigkeit vermehre, müsse der Arbeiter die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahme largemacht werden. Der gute Wille der Arbeiter sei bei der Modernisierung der Betriebe von großer Bedeutung und könne auf die Dauer nur hergestellt werden, wenn die Vorteile der Rationalisierung auch den Arbeitnehmern zugute kämen. Man müsse bedenken, daß der nötige Absatz nur gesichert werden könne, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung mindestens ebenso steige, wie die Produktionsvermehrung. In der Praxis sei eine nachhaltige Wirkung von der Silberbergischen Rede nicht zu spüren. Es sei nicht einmal gelungen, beim Arbeitszeitgesetz zwischen Unternehmern und Arbeitern Verständigungen und Verständigungen herbeizuführen. Wenn hier nicht schleunigst eine Lösung erfolge, so werde Deutschland bald von schweren sozialen Kämpfen, Streiks und Aussparungen erschüttert werden.

Abg. Beier (Wirt. Ver.) betont, daß er weder Arbeiter noch Arbeitgeberinteressen verrete. Für die mittleren und kleineren Wirtschaftskreise sei es eine Erleichterung gewesen, als das Zentrum erklärt habe, mit der Arbeitslosenversicherung solle der Schutzstein in die Sozialpolitik gelegt werden. Der Redner tritt gleichfalls für die Kultivierung des noch ungebauten Bodens und namentlich für die Befriedung Ostpreußens ein, wo sich die Polen festzusetzen versuchen. Man solle nicht der Reichsbahn durch Kanalbauten Konkurrenz machen, sondern lieber die Arbeitslosen bei Straßenbauten beschäftigen. Überstunden müsse man vermeiden, wenn nötig durch gesetzliche Maßnahmen. Staat und Gemeinden sollten Handwerk und Gewerbe durch Aufträge unterstützen. Die Mietzinssteuer dürfe überhaupt nicht für Verwaltungsausgaben verwendet werden, sie müsse z. T. auch den Hausbesitzern für Instandsetzungsarbeiten zur Verfügung gestellt werden. Die Ausdehnung der Sozialversicherung auf die Kleingewerbetreibenden lehnten die Meister selbst ab.

Abg. Schwarzer (Bayer. Vp.) versichert, daß mit der neuen Regierungsbildung die Sozialpolitik nicht zum Stillstand kommen werde. Die Arbeitslosenversicherung und die jetzt bald zur Beratung stehende Erhöhung der Invalidenrente seien übrigens alte Forderungen nicht einer, sondern sämtlicher Parteien. Die Arbeitslosigkeit könne man nur durch Hebung der Kaufkraft bekämpfen. Übermäßige Überarbeit müsse vermieden werden. Die 48-Stundenwoche sei erst dann diskutabel, wenn sie auch in den anderen Industrieländern durchgeführt werde. In der Frage der Invalidenrenten müsse man sich auf eine mäßige Rentenerhöhung und einen gerechten Ausgleich beschränken. Beitragserhöhungen müßten durch Lohn erhöhungen wettgemacht werden. Die Kriegs- und Kleinrentner verlangen, das Reich solle die Fürsorge für sie übernehmen, weil es das Reich von neuem mit etwa einer Milliarde belasten würde. Der Redner fordert eine Voderung der Wohnungszwangswirtschaft. Da die große Masse heute schlechter lebe als vor dem Kriege, sei es ein Gebot der Gerechtigkeit, die Wohlhabenden stärker zum Ausgleich der Not heranzuziehen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Ein demokratischer und ein kommunistischer Antrag zur Änderung der Mietgesetzgebung gehen an den Wohnungsausschuß.

Das Kapitel „Arbeitsministerium“ selbst wird angenommen. Die Beratung und Beschlußfassung über den Rest dieses Haushaltes wird auf Donnerstag 2 Uhr verlagert.

Reichsregierung und Aufwertung

Im Rechtsausschuß des Reichstags gab heute Donnerstag Reichsjustizminister Dr. Vögler im Namen der Reichsregierung eine Erklärung ab, daß an den Grundgesetzen der Aufwertungsgesetze nichts geändert werden dürfe, daß die Reichsregierung aber beabsichtige, Vorschläge zu machen, um gewisse Zweifelsfragen zu klären. Mißbräuchen des Gesetzes im Wortlaut entgegenzutreten, sowie allgemein zur Vereinfachung und Klärung der Aufwertung der Aufwertung beizutragen. Ein entsprechender Gesetzentwurf werde in kürzester Frist dem Reichstag vorgelegt werden. Mit Rücksicht auf diese Erklärungen beschloß der Ausschuß, die Verhandlungen über die Aufwertungsanträge bis zum 18. März zu verlagern und die neuen Vorschläge der Regierung abzuwarten.

Politische Neuigkeiten

Verleumdungen gegen Deutschland

Unter dieser Überschrift teilt der „Berl. Lokanz.“ u. a. mit: Wir haben dringenden Anlaß uns für gut unterrichtet zu halten, wenn wir annehmen, daß in aller nächster Zeit ein großer, sensationell aufgemachter Propagandafeldzug gegen Deutschland einsetzen wird. Dieser Feldzug dürfte mit angeblichen „Enthüllungen“ über die deutsch-russischen Beziehungen arbeiten und sich als Quelle auf einen Sowjet-Diplomaten beziehen, der aus der Schule geplündert hätte. Alle die alten Verdächtigungen über geheime Klauseln des Rapallovertrages und die in jüngster Zeit von der polnischen Propaganda in die Welt gesetzten Mitteilungen über angebliche Geständnisse russischer Deserteure scheint man für einen großen Schlag gegen Deutschland verwenden zu wollen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags

begann am Mittwoch die Erörterung des Reichsfinanzministeriums, wobei der Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte: Die Überbelastung der Finanzämter sei so groß, daß man in letzter Zeit mehrere Tausend Ausbittler wieder einstellen müsse. Ohne sofortige Einstellung neuer Arbeitskräfte im Außendienst — und zwar mindestens 2000 — könne er nicht mehr für die geordnete Abwicklung der Geschäfte garantieren. Er brauche vor allem neue Veranlagungsbeamte und neue Vollstreckungsbeamte. Was die Veranlagungsbeamten anlangt, so wolle er mit Nachdruck darauf hinwirken, daß den Wirtschaftsverbänden nur eine von ihm begünstigte begünstigende Mitwirkung bei der Steuerveranlagung obliege, die Entscheidung dagegen ausschließlich die Finanzverwaltungen fällen. Er werde auch durch fortgesetztes persönliches Eingreifen mit den in Betracht kommenden Instanzen berufen, die Arbeit der Reichsfinanzverwaltung zu vereinfachen, um die Zahl der Finanzämter nach Maßgabe des tatsächlichen Bedürfnisses zu vermindern. Leicht werde diese Arbeit nicht sein.

Auf Anfragen verschiedener Redner erwiderte der Reichsfinanzminister, daß der Zollnachschuß aus Willigkeitsgründen so dezentralisiert werden solle, daß Beschwerden dieser Art in Zukunft unmöglich würden. Mehr als 2000 neue Beamte würden nicht nötig sein, weil durch die beabsichtigten Vereinfachungsmaßnahmen eine Arbeitsverminderung erzielt werde. Bei der Einheitsbewertung wird die Reichsfinanzverwaltung unbeeinträchtigt den Weg gehen, der ihr durch die Gesetze vorgeschrieben ist. Im ganzen Deutschen Reich sei die Vereinfachung der Steuerzettel durchwegs gleichmäßig verteilbar. (Seilerleit.) Maßnahmen für ein besseres Zusammenarbeiten der Reichs- und Landesfinanzbehörden sollen das Ziel der Arbeit in den nächsten Monaten sein. Der Sparminister ist von der Regierung wieder beauftragt worden, und er wird bei den beabsichtigten Vereinfachungsmaßnahmen vermutlich gute Ratschläge geben können. Bei der Einrichtung der Buchprüfung hat sich die Mischung von Beamten und Vertretern anderer Berufe gut bewährt. Soweit irgend möglich, soll ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen den Steuerpflichtigen und den Buchprüfern erzielt werden. Keine Vereinfachung haben die Vermutungen, als ob nur kleinere und mittlere Betriebe geprüft werden, während die großen davon frei seien. Der einzelnen Poststellen zum Nachdruck gemachte „militärische Ton“ entspricht nicht meinen Wünschen. Dem Wunsch des Abg. Erzing, nach einer Nachweisung aller gegebenen Kredite und ihrer Rückzahlungsfristen will ich gerne bei Beratung der allgemeinen Finanzverwaltung nachkommen. Das bei Beamtenfragen das Ministerium des Innern federführend sein soll, begegnet unserer Auffassung. Selbstverständlich ist aber, daß das Reichsfinanzministerium sich überall dort bemerkbar macht, wo finanzielle Auswirkungen vorhanden sind. Ich bin außerordentlich gern bereit, Beamte, die anlässlich des Abbaues in den einflussreichen Ämtern versetzt wurden, wieder einzustellen. Aber die Auswahl der für die Finanzverwaltung geeigneten Kräfte müssen Sie mir überlassen.

Zu der Forderung des Reichsfinanzministers Dr. Köhler, ihm 2000 neue Finanzbeamte zu bewilligen, wird der „Woll. Ztg.“ aus parlamentarischen Kreisen geschrieben: Aber die Notwendigkeit der Beamtenvermehrung herrscht Einmütigkeit im Reichstag. Von sachverständiger Seite wird berichtet, daß die Steuereinnahme bei reiflicher Durchführung der Gesetze um weit über 100 Millionen steigen werden, während die 2000 Beamten, selbst wenn man sie, was ein hoher Durchschnitt wäre, mit 5000 M. pro Mann und Jahr einsetzt, nur 10 Millionen M. Ausgaben verursachen werden. Eine gezielte Durchführung der Steuererhebung sei geradezu eine Vorbedingung für eine zukünftige Senkung der Steuerlast.

Einrichtung von drei Sowjetagenten in Nordchina

In Tsinanfu wurden zusammen mit der Frau des Sowjetvertreter in Kanton, Borodin, drei Sowjetagenten festgenommen. Die drei Agenten wurden hingerichtet. Frau Borodin befindet sich in Gefangenschaft. Die sowjetische Botchaft in Peking hat beim chinesischen Außenamt einen äußerst energischen Protest erhoben, der zur Folge hatte, daß die Regierung sofort auf telegraphischem Wege in Tsinanfu Erkundigungen einlegte. In diplomatischen Kreisen wird erklärt, daß durch den Zwischenfall eine außerordentlich ernste Lage geschaffen worden sei.

Reichstagspräsident Ebbé befindet sich zur Zeit noch in der Klinik. Sein Aufenthalt dort wird noch auf ungefähr 8 Tage berechnet.

Arbeitsgemeinschaft zwischen Landbau und Handwerk. Der Reichslandbau und der Reichsverband des Deutschen Handwerks haben eine Arbeitsgemeinschaft auf berufständischem Boden vereinbart. Jede der beiden Organisationen behält ihre vollständige wirtschaftliche und staatspolitische Bewegungsfreiheit. Die Art des gemeinsamen Vorgehens soll je nach den herrschenden Verhältnissen vereinbart werden.

Der Lübecker Haushaltsplan. Der in der Lübecker Bürgerchaftssitzung vorgelegte Haushaltsplan für 1927 schließt mit 31 326 000 Reichsmark Einnahmen und 35 171 000 Reichsmark Ausgaben, also mit einem Fehlbetrag von 3 844 000 Reichsmark. Einnahmen und Ausgaben und Defizit sind gegenüber dem Vorjahr erheblich gewachsen. Sehr ausführlich wurde in der Sitzung über die Aufwertung der Lübecker Staats- und Stadtanleihe gesprochen. Es handelt sich darum, ob Lübeck über die vorgesehene Mindestaufwertung von 12 1/2 Prozent hinausgehen soll.

Ein deutscher Journalist in Rom verhaftet. Der deutsche Journalist Karl Delius aus Berlin, der sich in Rom aufhielt, wurde verhaftet. Er wird sich, wie „Popolo di Roma“ mitteilt, am nächsten Freitag in Genua wegen Übertretung des neuen Polizeigesetzes zu verantworten haben. Delius soll in Deutschland Photographien verbreitet haben, die geeignet sind, die nationale Würde Italiens zu schädigen. Weiter soll er durch seine Photographien und die dazu gegebenen Kommentare zum Klassenhaß aufgefordert und den Premierminister beleidigt haben.

Kurze Nachrichten

Vortrag Hitters in München. Mittwoch abend hielt nach mehr als zwei Jahren Adolf Hitler zum erstenmal wieder in München im Hotel Krone einen öffentlichen Vortrag. Hitler sprach über das Thema: Deutsche Front. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfall.

Eine neue Verurteilung Jörn von Bulachs. Wie der „Tempo“ aus Straßburg meldet, fand dort eine neue Gerichtsverhandlung gegen Jörn Klaus von Bulach statt, dem zur Last gelegt wurde, er habe eine neue Zeitung herausgegeben, ohne die nach dem Gesetz erforderlichen Erklärungen vor der Staatsanwaltschaft abgegeben zu haben. Jörn von Bulach der zu der Verhandlung nicht erschienen war, wurde zu einer Geldstrafe von 200 Franken verurteilt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausblick

Am Mittwoch die Aussprache über die Wohnungsbeschäftigung. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach sie ermächtigt werden soll, eine Staatsanleihe von 6,5 Millionen aufzunehmen, und außerdem den Wohnungsverbänden und den verbandsfreien Gemeinden für die Aufnahme einer Wohnungsbauleihe im Höchstbetrage von 3,5 Millionen Mark eine Zinsverbilligung von höchstens 4 Proz. auf längstens 10 Jahre zu bewilligen.

Die drei Koalitionsparteien stellten hierzu den Antrag, die beiden genannten Beträge bis zu 10 bzw. bis zu 5 Millionen zu erhöhen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Annahme fand ferner ein Antrag des Zentrums, die Regierung möge prüfen, ob nicht den Städten das ganze Aufkommen aus der Gebäubefördersteuer belassen werden könne, nachdem die Regierung mit Hilfe der Anleihe Mittel ihre Wohnungspolitik zu treiben in der Lage sei.

Der Ausschuss stimmte sodann der Gesetzesvorlage über die Hagelversicherung zu, ebenso einer Vorlage betreffend die Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten, die die Säbe unüberändert läßt und lediglich die Auszahlungstermine anderweitig festlegt. — Der Ausschuss beschäftigte sich schließlich mit einer Anfrage der Bürgerlichen Vereinigung betreffend weitergehende Aufwertung der Kriegsanleihen. Sowohl die Regierung wie auch die Sprecher der Koalitionsparteien machten ihre Bedenken gegen eine solche Maßnahme geltend. Auf Wunsch der Antragsteller wurden die Verhandlungen hierüber ausgesetzt.



Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung

Am Mittwoch in die Beratung der Novelle zum Jagdgesetz ein. Es ist die Streichung des Fürsorgeparagrafen vorgezogen. Vor allem aber bringt der Gesetzentwurf einen besseren Schutz des Wildes, namentlich in der Zeit, da es unter den Anblicken der Witterung schwer zu leiden hat. Eine Änderung soll auch das Strafmaß bei Jagdpfahvergehen und bei Übertretung des Jagdgesetzes erfahren.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Oßtricher (D. Sp.) schlug einige Änderungen des Entwurfes vor. In der Aussprache wurde u. a. auch die Frage aufgeworfen, wie Gesuche von Ausländern um Gewährung von Jagdpässen behandelt werden sollen. Die Ansichten gingen auseinander. Zum Teil glaubte man, daß die bisherige Fassung und Handhabung genüge, verlangte aber die Verbürgung der Gegenfeitigkeit. Eine diesbezügliche Abänderung ist jedoch mit Rücksicht auf den Verfall der Verträge nicht möglich. Annahme fanden verschiedene Abänderungsanträge; u. a. soll verboten werden, auf Damm-, Rot- und Kuffelwild den Schrotschuß anzuwenden.

Die Beratung der Vorlage wird in einer späteren Sitzung fortgesetzt.



Eine Eingabe des Badischen Industrie- und Handelsstaates an Landtag und Finanzministerium

Der Badische Industrie- und Handelsstaatsrat hat namens der badischen Handelskammern eine Eingabe an den Landtag und das Finanzministerium gerichtet, worin er sich gegen die außerordentlich hohe gewerbesteuerliche Belastung der badischen Wirtschaft wendet und zum Vergleich namentlich die württembergische Regelung heranzieht. In den Landtag wird die Bitte gerichtet, die badische Regierung zu veranlassen, das vorausgesetzliche Aufkommen an Grund- und Gewerbesteuer für 1926 festzusetzen und darnach eine entsprechende Ermäßigung der Gewerbesteuer vorzunehmen. Wie in Württemberg, so läme auch in Baden eine Kürzung des steuerbaren Gewerbeertrages für das Rechnungsjahr 1926 in Höhe von 20 bis 25 Proz. in Betracht, um die badische Wirtschaft wettbewerbsfähig zu erhalten. Endlich wird in der Eingabe ein angemessener Steuerabzug vorgeschlagen, um so den Arbeitsverdienst des Unternehmers zu berücksichtigen. Der Badische Industrie- und Handelsstaatsrat hält eine Herabsetzung des Steuerfußes des Landes von 200 auf 150 Prozent für geboten und durchführbar und bittet, sich von den Finanzämtern das erforderliche Material vorlegen zu lassen.

Tagung der Inspektoren und Amtmänner Oberbadens

Am Sonntag tagten in Konstanz die Inspektoren und Amtmänner Oberbadens. Vorsitzender Inspektor Kühner, Karlsruhe, der Landesvorsitzende, referierte — wie berichtet wird — über die Belange der gehobenen mittleren Beamten Baden. Er erörterte die Entstehungsgeschichte des Bundes in Baden, wie auch des Reichsbundes der Amtmänner und führte aus, daß der Zusammenschluß der Beamten des gehobenen mittleren Dienstes als eine organisatorische Notwendigkeit anzusehen sei. Als Vorbildung für die entsprechenden Beamtengruppen läme das Abitur bzw. Primareife in Frage, für die technischen Beamten voller Besuch des Staatsstudiums mit anschließendem Staatsexamen. Es sei anzustreben, einjährige Fachschulen innerhalb der vierjährigen Vorbereitungszeit auch in Baden zu errichten. Über die Schaffung einer Verwaltungsakademie in Karlsruhe, wie solche bereits in allen Ländern Deutschlands, mit Ausnahme von Baden und Württemberg, bestehen, sei das Landesstatut des DRB und der Bund zur Zeit in Verhandlungen mit der Regierung. Zur Beförderungsreform verlangen die mittleren Beamten Zusammenfassung nach Laufbahnen mit einheitlicher Amtsbezeichnung, Abschaffung der Schlüsselung, Besetzung der Stellen nach sachlichem Bedürfnis und Zuerkennung von Xer Stellen im Bezirksdienst. Im Badischen Beamtenbund sind etwa 4000 untere und 2000 mittlere badische Beamte organisiert. Die mittlere badische Beamenschaft des Oberlandes geht mit den Bestrebungen des Bundes restlos einig.

Gegen die Erhöhung der Mieten

Der Landesverband Badischer Mietervereine erhebt in einer Entschließung schriftlichen Protest gegen die von der Reichsregierung beschlossene Erhöhung der Mieten über die Friedensmieten hinaus.

Evangelische Landessynode

D. J. Karlsruhe, 9. März.

Die Evangelische Landessynode genehmigte in ihrer heutigen Sitzung, der wiederum Regierungsrat Mal als Vertreter der Regierung beizuhören, den Kirchensteuervorschlag für die Jahre 1927, 1928 und 1929. Die Ausgaben betragen 6 482 630 M., die Einnahmen 2 129 530 M. für ein Rechnungsjahr, so daß 4 353 100 M. jährlich durch Kirchensteuer aufzubringen sind. Es soll vermieden werden, daß die Kirchensteuerpflichtigen bei verspäteter Ausgabe der Kirchensteuerzeitel den Betrag auf einmal bezahlen müssen.

Wie seit Jahren stand auch jetzt wieder die Katechismusfrage auf der Tagesordnung. Eine achtgliedrige Kommission wird ohne gebundene Marschroute den Entwurf weiter bearbeiten und dann der Synode beim Wiederzusammentritt vorlegen.

In einer Entschließung sprach man sich für die Erhaltung der badischen Simultanische aus. Das Gesetz, das den Schülern von 14 Jahren volle Freiheit des Austritts aus dem Religionsunterricht gestattet, soll einer baldigen Durchsicht unterzogen werden, weil es nach Ansicht der Synode sowohl der seelischen Lage des Kindes als auch der Erziehungsaufgabe der Schule in keiner Weise Rechnung trage.

Wegen der Besetzung staatlicher Beamtenstellen, die ein kirchliches Amt einschließen (wie Religionslehrerstellen und Seelsorgerstellen an staatlichen Anstalten), will man einen kirchlich-staatlichen Vertrag erstreben.

Die badische Landeskirche war die erste, die sich eine neue Verfassung gegeben hat; einzelne Punkte zeigen sich als verbesserungsbedürftig. Die in dieser Richtung gestellten Anträge wurden einem Sonderausschuß von 4 Mitgliedern überwiesen, der die ersten Vorarbeiten für eine teilweise Verfassungsreform leisten soll.

Die Synode wandte sich dann der Erörterung des Hauptberichts und den dazu gestellten Anträgen zu. Besprochen wurden u. a. die Ausbildung der Geistlichen durch psychologische Sachverständige, die Vorarbeiten zu einer neuen Agenda, sowie die Studentenfürsorge. Am Erntedankfest soll der unverschuldet Erwerblosen im Gottesdienst gedacht, eine Landeskollekte erhoben und eine Sammlung von Lebensmitteln und Kleidungsstücken zugunsten der Erwerblosen durchgeführt werden.

Aber den Hauptbericht wird am Donnerstag weiter verhandelt.



Gefelliges Zusammensein von Vertretern der Regierung und der evang. Landeskirche

Anläßlich der tagenden Landessynode hatte deren Präsident dem Staatspräsidenten und den Ministern einen Besuch abgeleistet. Daraufhin luden Staatspräsident Frunt und Gemahlin die Mitglieder der Kirchenregierung zu einem Abendessen ein, zu dem auch Kultusminister Dr. Veers geladen war. Zu dem sich anschließenden geselligen Abend waren die Minister, die Staatsräte und alle Synodalabgeordneten geladen. In Erwiderung dieser Gastfreundschaft hatte der Präsident der Synode den Staatspräsidenten, die Minister, sowie die Mitglieder der Oberkirchenbehörde, die hiesige Pfarrgeistlichkeit usw. zu einem Abendbrot im Hotel Germania geladen. Präsident D. Keller gab in herzlichen Worten seiner Freude darüber Ausdruck, daß Staat und Kirche in Baden gewillt seien, Hand in Hand zum äußeren und inneren Wohl des Volkes zu arbeiten. Der Redner schloß mit einem Hoch auf das badische Volk. — Der Staatspräsident betonte in seiner Erwiderung die Willigkeit der Staatsregierung, mit der Kirche, der Trägerin geistiger Kräfte, das Wohl des badischen Volkes zu pflegen. Seine Ansprache schloß mit einem Hoch auf das deutsche Reich und Vaterland.

Fahrplanbesprechung in Freiburg

In Anwesenheit des Reichsbahnoberverwalters Ringold, Karlsruhe, sowie weiterer Vertreter der Reichsbahn, und verschiedener Verkehrsinteressenten fand in Freiburg i. Br. in der Handelskammer eine Spezialbesprechung des kommenden Sommerfahrplans für die Dreifachbahn statt. Dem lebhaftesten Verkehr auf der neuen Strecke soll durch eine Reihe neuer Sonntagszüge, sowohl aus der Richtung von Freiburg, als auch von Neustadt und von Schwenningen — Rottweil her Rechnung getragen werden. Auch die Wünsche der ortsanfässigen Bevölkerung nach Schaffung günstiger Frühverbindungen in Richtung Freiburg sind berücksichtigt worden. Am den Sonntagsverkehr aus weiteren Entfernungen nach dem Hochschwarzwald zu ermöglichen, sollen im Sommerfahrplan versuchsweise einmal im Monat Verwaltungsonderzüge Mannheim — Bärenthal und Stuttgart — Bärenthal vorgemerket werden, die bei entsprechender Frequenz von der Reichsbahn zu regulären Sonntagszügen ausgebaut werden. Mit dem Erscheinen des neuen Fahrplamntwurfs ist etwa am 15. März zu rechnen.

Der süddeutsche Handelskammerausschuß für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr

mit dem derzeitigen Vorort Handelskammer Karlsruhe tritt am Freitag, den 18. März, in Frankfurt a. M. zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung, die in der Hauptsache Steuerfragen, Schanzstättergesetz, Kreditaktion zugunsten der badischen Hotelindustrie, gemeinnützige Erholungsheime usw. umfaßt, wird auch der weitere Ausbau des Wismutanges im kleinen Grenzverkehr mit Elsaß-Lothringen, die Befreiung der Geminnisse im internationalen Personenaustausch, die Vertretung des Hotel- und Fremdenverkehrsgebietes im Reichswirtschaftsrat, Gestaltung der Schnellverbindungen zwischen Rheinland-Westfalen und Süddeutschland, sowie der Erlass eines Hotelneubaubesetzes entsprechend dem Vorgehen der Schweiz, besprochen werden. Die Sitzung findet vormittags 10 Uhr im großen Sitzungssaal der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, Hauptgeschäftsstelle in Frankfurt a. M., statt.

Berein badischer Pflanzenzüchter

In Heidelberg fand eine erweiterte Vorstandssitzung des Vereins badischer Pflanzenzüchter statt, die vom Vorsitzenden des Vereins, Saatgutleiter Hohenstatt-Strahlenheim, geleitet wurde. Die Sitzung befaßte sich in besonderem Maße mit der Förderung des Grasfarnbundes und der Grasfarnzüchtung, sowie auch mit dem notwendig zu errichtenden Institut für Pflanzenzüchtung in Weibach. Der Geschäftsführer des Vereins, Landwirtschaftsrat Busch-Walstatt, betonte, daß auch in diesem Jahre wieder die badischen Pflanzenzüchter die Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die in Dortmund stattfindet, besuchen werden, wo man erstmalig die Schwäbinger Spargelzüchtung in den Preiswettbewerb treten wird. — Der Gesamtverband befaßte sich im Laufe der Sitzung mit verschiedenen Anträgen und trat besonders in einem dieser den schwindelhaften Saatgutkennzeichen energig entgegen. Im Anschluß an die engere Vorstandssitzung sprach Landwirtschaftsrat Raab-Walstenhorstberg in einem außerordentlich interessanten und lehrreichen Vortrag über die Nebzüchtung.

Gemeinde-Rundschau

Ein großes Stadion in Mannheim. Die großzügigen Pläne zur Schaffung einer modernen städtischen Spielplatzanlage in Mannheim sind nunmehr insoweit verwirklicht, als mit dem ersten Bauabschnitt die Tiefbauarbeiten beendet sind. Die umfangreiche Anlage, östlich des Rennplatzes gelegen, stellt in ihrer Anlehnung an das städtische Luft- und Sonnenbad und bei der zweckmäßigen Gliederung der einzelnen Plätze das modernste dar, was auf diesem Gebiet in der letzten Zeit erstellt wurde. Im Kern der Anlage befindet sich eine Hauptkampfbahn, zu der ergänzend gesondert drei große Spielfelder hinzutreten. Zwei Tennisplätze, sowie ein besonderer Tennistourierplatz. Unmittelbar an das Luft- und Sonnenbad schließt sich ein Schwimmbad, sowie ein Planschbecken an. Ein Hohenfeld kann im Winter zu einer ausgedehnten Eisbahn verwandelt werden. Geräumige Tribünen und neuzzeitliche Umkleieräume, sowie eine praktisch angelegte Autohaltestelle treten ergänzend hinzu. Wie wir hören, wird ein Teil der Hochbauten bereits in Angriff genommen, so daß man mit einer teilweisen Inbetriebnahme der gesamten Anlage schon bald rechnen kann. Die Einweihung soll in Verbindung mit einem großen Sportfest im Laufe des Monats Mai erfolgen.

Kreisversammlung Baden-Baden. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Frieser und in Anwesenheit des Landeskommissärs Gräfer tagte in Baden-Baden im großen Rathaus eine außerordentliche Kreisversammlung des Kreises Baden-Baden. Zu erwähnen sind folgende Beschlüsse: Die Zahl der Kreisratsmitglieder wurde auf 6 erhöht, die Sandstraße soll eine Verbreiterung erfahren, ferner soll der Lindenhof bei Ottersweier für die Kreispflegeanstalt Quä angekauft werden. Zum Kreisvorsitzenden wurde wiederum Dr. F. H. Geppert-Wühl gewählt.

Von der Kreis-, Land- und Waldschule Bilingen. Nach dem Jahresbericht der Kreis-, Land- und Waldschule Bilingen war dieselbe im verflorenen Schuljahr von 54 Schülern besucht, von denen 31 am Unter-, und 23 am Oberkurs teilnahmen. 11 Schüler waren aus den Nachbarbezirken. Der Besuch ist bei der schlechten Lage der Landwirtschaft als gut zu bezeichnen. Der 12tägige Lehrgang für Bauernkinder in Haus und Gartenwirtschaft hatte 35 Teilnehmerinnen aufzuweisen.

Die Frage der Wasserversorgung für St. Georgen (Schwarzwald), die bisher erheblichen Schwierigkeiten begegnete, ist in ein neues Stadium getreten. Für die Neubarmachung der Mühlbachquelle für die Wasserversorgung waren drei Entwürfe ausgearbeitet, von denen das erste Projekt zu seiner Durchführung einen Kostenaufwand von 229 000 M. erfordert, das zweite zwei sieht einen Kostenaufwand von 299 000 M. vor, während das dritte drei eine Verbindung von 1—3 darstellt. In einer Besprechung über die drei Projekte wurde die Ausführung des Projektes eins einstimmig beschlossen. Die Zustimmung des Bürgerausschusses soll in einer demnächst stattfindenden Sitzung eingeholt werden. Nach Anschließ der Mühlbachquelle dürfte die Stadt für die nächsten 20 Jahre mit Wasser genügend versorgt sein.

Aus der Landeshauptstadt

Landestagung des Bühnenvolksbundes. Am 12. und 13. März d. J. findet die erste Landestagung des Bühnenvolksbundes für Baden und Hohenzollern in Karlsruhe statt. Bei der Abendveranstaltung, zu der Staatspräsident Dr. h. c. Frunt und der 1. Vorsitzende des Bühnenvolksbundes, Staatsminister a. D. Dr. Boelitz ihr Erscheinen zugesagt haben, wirken erste Künstler mit. Zum Vortrag gelangen: Eine Beethovenische Sonate, zwei Präludien von Meyer und Kreisler. Die von Kammerfänger Rudolf Wehrauch und Opernsängerin Dete Stechert zum Vortrag gelangenden Lieder sind von Richard Strauß und Hugo Wolf. Zu der Veranstaltung können in der Geschäftsstelle der Theatergemeinde, Schloßbezirk 5, Karten gelöst werden.

Selbst gestellt hat sich in der vergangenen Nacht ein Silblassenrevor aus Gaggenau unter der Beschuldigung, in der Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 1. März 1927 Gelder und Gebühren in Höhe von 2930,30 M. unterschlagen zu haben.

Badisches Landestheater. Nachdem in der Oper jetzt noch drei Erstaufführungen — ein Erbe der vorjährigen Spielzeit — deren Einstudierung natürlich auf Monate den allgemeinen Spielplan lahmgelegt hätte, auf nächste Spielzeit verschoben werden konnten, läßt sich der längst beabsichtigte festere Arbeitsplan für die Oper halten. Zunächst wird „Tiefeland“ (mit Tilly Blättermann) neu aufgenommen. Zur Beethovenfeier erscheint „Fidelio“ (Münchbilder von Babberger), darauf „Rigoletto“ (mit Balkanoff) und zu Ostern Wagners „Parsifal“. Die nächsten Neueinstudierungen werden „Die Entführung aus dem Serail“ und Richard Strauß „Salome“ sein. Zwischen durch wird Lorchings „Bar und Zimmermann“ angefügt werden. Dann steht Puccinis „Tosca“ mit Tilly Blättermann bevor. Das Schauspiel bringt nach dem kräftigen „Donaparte“ von Ulrich die Aufführung eines Dramas von Hanns Johst „Thomas Bayne“ und sodann die Erstaufführung des erfolgreichen Schriftstellers Alfred Neumann „Der Patriot“. Hierauf werden die Klassiker „Jubith“ und „Die Braut von Messina“ folgen. Zwischen durch wird das alte Gesellschaftsstück „Die Welt, in der man sich langweilt“ anläßlich eines Gastspiels von Rosa Becker aufgenommen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die unbeständige, zeitweise kühle und windige Witterung hält unter dem Einfluß der sich langsam auffüllenden Europhazone noch an. Voraussichtl. Witterung für 11. März: fortdauernd unbeständig, zeitweise Regenschälle, höhere Lagen Schnee, etwas kühler.

Verschiedenes

Die Morde der slowakischen Zigeunerbande

Zu den Meldungen, wonach eine Zigeunerbande, die an der ungarisch-tschechischen Grenze zahlreiche Morde verübt hatte, auch dem Kannibalismus gehuldigt hätte, wird aus Prag gemeldet, daß die an den Überresten der aufgefundenen Leiche vorgenommenen Analyse ein durchaus negatives Resultat ergeben habe. Die Aussagen der Zigeuner, daß sie Menschenfleisch gegessen hätten, sei bisher nicht bestätigt. Bei der Untersuchung der angeblichen Mordtaten dieser Zigeunerbande kam man auf die Spur eines neuen Mordes aus dem Jahre 1922. — Die Zigeuner in Karpatenland stehen auf einer außerordentlich tiefen Kulturstufe. Mit Vorliebe verzehren sie kreierte Tiere, die sie sich von den Dorfbewohnern ausbitten, was unsere Soldaten im Kriege häufig sahen. Ein weiteres Hinabstinken bis zum Kannibalismus, das nun von den tschechischen Behörden bestritten wird, liegt durchaus nicht außerhalb aller Wahrscheinlichkeit.

Kurze Nachrichten aus Baden

13. Kehl, 9. März. Der Gemeinderat hat beschlossen, aus Anlaß des 100. Todestages des großen Volkserziehers und Volkshilfers Heinrich Pestalozzi der Pestalozzi-Schule den Namen Pestalozzi-Schule zu geben.

13. Konstanz, 9. März. In der Sitzung des Verbandes der Badischen Bodenseefischer-Gesellschaft des Verbandes der Oberbadischen Fischgenossenschaften wurde Landeskommissar Geh. Regierungsrat Dr. Hartmann zum Präsidenten dieses Verbandes gewählt.

13. Konstanz, 9. März. Die Badische Bodenseefischer-Gesellschaft beging am vergangenen Sonntag in Staad die Feier ihres 25jährigen Bestehens. Während der Vormittag der Generalversammlung vorbehalten war, fand am Nachmittag die eigentliche Jubiläumsfeier statt, an der u. a. auch Bürgermeister Arnold-Konstanz, Professor Band von der Hochschule für Bodenseeforschung, Bürgermeister Dr. Wolf-Meersburg u. Pfarer Fetter-Überlingen, der sich feierlich um die Gründung der Genossenschaft besonders verdient gemacht hatte, teilnahmen.

Vom Saarbrand, 8. März. Bei gelinder Bitterung hat die Mandelblüte begonnen und man sieht in geschützten Lagen die Bäume in voller Blüte prangen. Auch die Pfirsichblüte wird bald ihren Anfang nehmen.

ständigen Bezirksamts ist noch eingeholen. Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren dürfen als Sammler nicht verwendet werden.

Karlsruhe, den 8. März 1927.
Der Minister des Innern
Remmelé

Staatsanzeiger

Sammlungen.

Bekanntmachung

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege (Reichsgesetzblatt Seite 143) und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) wird dem Bundesauschuß für Arbeiterwohlfahrt Baden in Mannheim die Erlaubnis erteilt, im Land Baden am Sonntag, den 1. Mai 1927, im Rahmen des „allgemeinen Kinderhilftags“ Sammlungen von Haus zu Haus und auf öffentlichen Straßen und Plätzen zugunsten der geplanten örtlichen Erholungsfürsorge durchzuführen. Die erforderliche besondere Erlaubnis des zu-

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:

Zum Gendarmeriekommissar Gendarmerieoberwachmeister Karl Merkle in Adelsheim.

Planmäßig angestellt:
Verwaltungspraktikant Erwin Probst, beim Bezirksamt Waldshut als Verwaltungsobersekretär.

In den oberen Räumen der Firma Hermann Tietz

Montag, den 14., Dienstag, den 15., Mittwoch, den 16. März
nachmittags von 1/4 4 bis 6 Uhr

Bunter Bühnen-Tee

verbunden mit einer

Modeschau der Firma Hermann Tietz

zugunsten der

Wohlfahrtskassen der Genossenschaft Deutscher Bühnengehörigen
veranstaltet von den Mitgliedern des Badischen Landestheaters.

Mitwirkende:

Ansager: Felix Baumbach, Dir. Hans Blum, Paul Müller, Ulrich v. d. Trenck.

Die Damen:

Elfr. Albrecht, Edith Bielefeld, Else Blank, Tilly Blättermann, Herma Cloment, Melanie Ermarth, Marie v. Ernst, Malie Fanz, Leonore Fein, Marie Genter, Evi Kloeble a. G., Nelly Rademacher, Emmy Selberloch, Magda Strack, Martha Wied.

Die Herren:

Felix Baumbach, Hans Blum a. G., Gustav Bookx, Herm. Brand, Robert Butz, Stefan Dahlen, Wilhelm Graf, Jan van Gorkom a. G., Fritz Herz, Paul Hlerl, Fritz Hofbauer, Hugo Höcker, Otto Klenscherf, Alfons Kloeble, Christian Lander, Waldemar Leitgeb, Karlheinz Löser, Paul Müller, Wilhelm Nantwig, Hans Ochsenkiel, Friedrich Prüter, Franz Schuster, Theo Strack, Ulrich v. d. Trenck, Adolf Vogel, Ottomar Volgt, Rudolf Weyrauch, Dr. Hermann Wucherpfennig.

Am Flügel: Josef Keilberth jun., Kurt Stern. Hausorchester: Abteilung der Polizeikapelle. Flügel von der Fa. H. Maurer.

Einlaßkarten zum Preis von M. 3.— (einschl. Tee oder Kaffee mit Kuchen) sind an der Sammelkasse der Firma Hermann Tietz zu haben.

Vorverkauf ab Freitag, den 11. März.

Badische Lichtspiele
KONZERTHAUS

Freitag, den 11. bis Mittwoch, den 16. März 1927
jeweils abends 8 Uhr
Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags
Sonntag, 13. März, nachmittags 4 und abends 8 Uhr

Die Wunde brennt,
Die bleichen
Lippen beben -



Lützow's wilde, verwegene Jagd

Musikbegleitung: Polizeikapelle unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikmeisters Heisig

Preise: M. 0,60, 0,80, 1.—, 1,30, 1,60, 1,80
Studierende, Schüler und Erwerbslose gegen Ausweis halbe Preise
Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr.

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Öffentliche Sparkasse Landau.

Bilanz per 31. Dezember 1926.

Aktiva.	RH	Passiva.	RH
Kassenbestand	210.62	Spareinlagen	324 539.62
Guthaben beim Postche- amt	562.91	Giro- und Kontokorrent- Einlagen	88 347.17
Guthaben bei der Giro- zentrale Karlsruhe	14 934.07	Aufwertungs-Hypotheken	10 979.29
Guthaben bei der Giro- zentrale Mannheim	12 038.68	Aufwertungs-Schuld- scheine	865.33
Darlehen gegen Schuld- schein	72 536.06	Schuldkonto:	
Darlehen gegen Hypothek	91 292.45	Girozentrale Mannheim	250 000.—
Kredite in laufender Rech- nung	162 987.28	Beschäftskonto	11 752.—
Betriebskapital: Girozen- trale Mannheim	12 000.—	Aufwertungskonto	366.—
An Gemeinde	305 372.46	Reingewinn	2 694.93
Biegenschaften	5 411.91		
Inventory	269.—		
Abschreibung	268.—		
Rückstufung für Aufwert- Hypotheken	1 364.19		
Abschreibung	164.19		
Wertpapiere	10 996.90		
	689 544.34		689 544.34

Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll.	RH	Haben.	RH
Verwaltungskosten	6 449.04	Zinsen	7 085.74
Abschreibungen:		Provisionen	8 000.83
Inventory	268.—	Couponkonto	96.48
Rückstufung	164.19	Aufwertungs-Hypotheken- Zinsen	3 191.73
Geschäftskosten	3 217.96	Aufwertungs-Schuld- schein-Zinsen	19.34
Neubaukosten	600.—		
Reingewinn	2 694.93		
	13 394.12		13 394.12

Der Verwaltungsrat.

„Schwann und Rodert“ (Bahnhofstation Gernsbach oder Hilperstau; Fortw. Rodert an Reichental) in 3 Vosen zu 57, 217 und 146 fm: 830 taunene, fichte und einige forcierte Stämme mit fm 6 L, 30 II., 50 III., 70 IV., 137 V., 49 VI. M.; 103 dto. des Fortamts. S.27

„Schwann und Rodert“ (Bahnhofstation Gernsbach oder Hilperstau; Fortw. Rodert an Reichental) in 3 Vosen zu 57, 217 und 146 fm: 830 taunene, fichte und einige forcierte Stämme mit fm 6 L, 30 II., 50 III., 70 IV., 137 V., 49 VI. M.; 103 dto. des Fortamts. S.27

„Schwann und Rodert“ (Bahnhofstation Gernsbach oder Hilperstau; Fortw. Rodert an Reichental) in 3 Vosen zu 57, 217 und 146 fm: 830 taunene, fichte und einige forcierte Stämme mit fm 6 L, 30 II., 50 III., 70 IV., 137 V., 49 VI. M.; 103 dto. des Fortamts. S.27

Rheinische Hypothekbank
in Mannheim.

Wir laden die Herren Aktionäre zur
55. ordentlichen Generalversammlung

auf
Dienstag, den 5. April 1927, vormittags 11 1/2 Uhr
in das Gebäude der Rheinischen Hypothekbank A
2.1. dahier ein.

Tagesordnung: 1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr; Vorlage der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung. Beschluß hierüber und über die Gewinnverteilung. 2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
Jede Aktie gewährt das Stimmrecht, das selbe kann auch vertretungsweise durch einen anderen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Aktionär ausübt werden.

Eintrittskarten zur Generalversammlung erteilen:
in Mannheim: unsere Bank,
in Mannheim und den bezüglichen Orten: die Rheinische Kreditbank und deren Filialen und die Badische Bank,
in Karlsruhe: die Badische Bank,
in Frankfurt a. M.: die Direktion der Discontogesellschaft, die Darmstädter und Nationalbank, die Deutsche Bank Filiale Frankfurt a. M. und die Frankfurter Hypothekbank,
in Stuttgart: die Württembergische Vereinsbank Filiale der Deutschen Bank und die Filiale der Discontogesellschaft,
in Berlin: das Bankhaus S. Welschländer, die Direktion der Discontogesellschaft und die Bank des Berliner Kassenvereins.

Sämtlich der Anmeldungen zur Teilnahme an der Generalversammlung usw. ist § 48 der Statuten maßgebend. S.205

Mannheim, den 10. März 1927.
Rheinische Hypothekbank.



Badisches Landestheater

Freitag, den 11. März 1927
*F 19 (Freitagmiete)
Th.-Gem. 1-100 u. 201-300

Wie es euch gefällt
von Shakespeare
Ruffel von Fischer
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach
Musikalische Leitung:
Alfons Fischer

Herzog v. d. Trend
Celia Rademacher
Verbannte Herzog Ritter
Foscalinde Fein
Frosalinde Kloeble
Le Beau Brand
Erster Gehilfmann Kühne
Zweiter Gehilfmann Weidner
Charles Hofbauer
Amiens Dr. Storz
Jaques Dahlen
Ein Gehilfmann Löfer

Pagen {
Oliver Wanka
Jakob Giel
Kühne
Orlando Leitzgeb
Adam Gemmede
Dennis Wehner
Foscar Höder
Corinnus Müller
Silbius Graf
Wilhelm Bodz
Höde Koeft

Rätchen Albrecht
Hymen Clement
Tanz einstudiert von
Edith Bielefeld
Anfang 7 1/2 Ende 10 1/2
I. Sperrfrist M. 5.—
Sa. 12. März Zum ersten
Male: Bonaparte
So. 13. März nachmittags
Das Grab des unbekannt
Soldaten
abends: Der Evangelist

Nadelnholz-Verkauf.

Staatl. Forstamt Frei-
burg verkauft freihändig
700 fm Nadelnholz al-
ler Klassen, aus den
Dienstbezirken der Förster
Dold in Kappel, Schlupf
in Falkenstein, Rombach
in Eschbach u. Bilmann
in Ebnet. Schriftl. Ange-
bote in Prozenten der L.
G.Pr. werden auf die ein-
zelnen Lose erbeten bis
mit einschließl. Donner-
stag, den 17. März 1927.
Bieten bleiben bis zum
22. 3. 1927 an ihr Gebot
gebunden. Zahlungsfrist
gegen Sicherheit 3 bezw.
6 Monate. Losauszüge
und Auskunft durch das
Forstamt. S.26

Nadelstammholz-Verkauf

Das Bad. Forstamt
Gernsbach verkauft frei-
händig aus dem Staats-
wald Distrikt III und IV

Druck G. Braun, Karlsruhe.